

Covid-Gesetz: Spitze des Gewerbeverbands nicht einig

Präsident Benjamin Giezendanner (SVP) ist dagegen, Vizepräsident Andreas Meier (Mitte) ist dafür – darum gab es keine Verbandsparole.

In einem gemeinsamen Aufruf haben sich am Montag alle Aargauer Parteien ausser der SVP für ein Ja zum Covid-Gesetz am 28. November ausgesprochen. Auch die Volkspartei hat am Parteitag knapp die Ja-Parole für die Abstimmung gefasst – gegen die Haltung der SVP-Spitze um Präsident Andreas Glarner und weiterer Nationalräte wie Benjamin Giezendanner. Hinter die Ja-Empfehlung stellte sich auch die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK). Auf der Website des Aargauischen Gewerbeverbandes, der sonst bei Abstimmungen meist an der Seite der AIHK auftritt, findet sich keine Positionierung. Dabei war die Parolenfassung für das Covid-Gesetz bei der Vorstandssitzung vom 20. Oktober traktandiert, wie die AZ weiss.

Gewerbeverbandsvize Meier: «Ja-Parole logisch»

Andreas Meier, Mitte-Grossrat und Winzer aus Klingnau, ist Vizepräsident des Gewerbeverbandes. Er war an der Sitzung vom 20. Oktober dabei und sagt, das dreiköpfige Präsidium mit dem zweiten Vizepräsidenten Walter Häfeli und Präsident Benjamin Giezendanner habe sich nicht auf eine Empfehlung einigen können. Deshalb wurde dem Vorstand, der aus Gewerbevertretern der elf Bezirke und Vertretern wichtiger Branchen besteht, der Vorschlag unterbreitet, keine Parole zu fassen.

Dafür gab es bei der Abstimmung im Vorstand eine knappe Mehrheit, wie Meier erklärt. «Es gab natürlich auch Mitglieder wie Lukas Korner, Präsident des Apothekerverbandes, oder mich selber, die sich für ein Ja aussprachen», sagt er. Meier hätte gerne eine Ja-Parole des Gewerbeverbandes gesehen, denn aus seiner Sicht bildet das Covid-Gesetz die Basis für den Weg aus der Pandemie. Neben dem Zertifikat, das für Gastro-, Event- und Hotelleriebranche wichtig sei, weist Meier darauf hin, dass bei einem Nein auch Wirtschaftshilfen auslaufen würden. «Deshalb wäre es nur logisch,



Nein: Benjamin Giezendanner, Gewerbeverbands-Präsident und SVP-Nationalrat.



Ja: Andreas Meier, Gewerbeverbands-Vizepräsident und Mitte-Grossrat. Bilder: Fabio Baranzini

wenn der Gewerbeverband ein Ja empfehlen würde», sagt er.

FDP-Schoop: «Vielleicht hätte es ein Nein gegeben»

«Ich war nicht an der Vorstandssitzung, weil ich einen anderen Termin hatte, deshalb kann ich zur Diskussion nichts sagen. Ich weiss aber, dass der Entscheid, keine Parole zu fassen, knapp ausfiel. Vielleicht hätte meine Stimme den Ausschlag für ein Nein gegeben», sagt FDP-Grossrat und Unternehmer Adrian Schoop, der Mitglied des Vorstandes ist. Schoop hat sich in sozialen Medien für ein Nein zum Covid-Gesetz starkgemacht; anders als seine Partei, die FDP, die sich für ein Ja einsetzt.

Schoop: «Ich bin kein Impfgegner, kein Coronaleugner und kein Verschwörungstheoretiker, aber ich bin entschieden gegen den faktischen Impfwang, der durch das Zertifikat und das Ende der kostenlosen Tests entsteht.» In seinem Unternehmen setze er auf Eigenverantwortung, Abstand und Desinfektion, das habe sich in allen Wellen gut bewährt. Und Schoop hält fest: «Wenn das Covid-Gesetz am 28. November abgelehnt wird, bleibt das Zertifikat bis Ende März 2022, es besteht also kein Grund zur Panik.»

Giezendanner gegen FDP-Nationalrätin Riniker

Am Dienstagabend war Gewerbeverbandspräsident und SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner im «TalkTäglich» von Tele M1 zu Gast, wo er mit FDP-

Nationalrätin Maja Riniker über das Covid-Gesetz diskutierte. Während die Freisinnige engagiert für ein Ja warb, setzte sich der SVP-Vertreter ebenso entschieden für ein Nein ein.

In der kontroversen Diskussion, moderiert von AZ-Chefredaktor Rolf Cavalli, kritisierte Riniker ihren Antipoden und fragte, wie er es vor Mitgliedern des Gewerbeverbandes verantworten könne, dass sich der Vorstand nicht für ein Ja zum Covid-Gesetz einsetze und damit die Fortführung der Kurzarbeitsentschädigung gefährde. Riniker warnte zudem vor einem erneuten Lockdown, wenn das Zertifikat wegfallt und die Corona-Fallzahlen ansteigen würden. Dann würde die Schliessung von Betrieben drohen.

Giezendanner sagte, diese Unterstützungsgelder seien der einzige positive Aspekt des Gesetzes. Doch er zeigte sich zuversichtlich, dass das Parlament bei einem Nein am 28. November rasch eine Lösung finden würde, um Unternehmen, die durch Corona in Not geraten sind, weiterhin zu unterstützen.

Giezendanner erklärte auch, weshalb der Gewerbeverband keine Parole zum Covid-Gesetz gefasst hat: «Wir haben darauf verzichtet, weil es zwei Lager gibt im Verband.» Die eine Seite sei für ein Ja, weil sie die Wirtschaftshilfen hoch gewichte, die andere Seite für ein Nein, weil sie Einschränkungen der persönlichen Freiheit fürchte.

Fabian Hägler